

RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



SEBASTIAN KURZ

Der Skandal um den Ex-Kanzler beschädigt seine Partei - und die Medien. Stimme des Westens

SIM-SWAPPING

Kriminelle kapern mit einer neuen Betrugsmasche Handynummern. Wirtschaft

RUMEYSA GELGI

Die Türkin gilt mit 2,15 Meter als die größte Frau der Welt. Wie sie sich für Außenseiter einsetzen will. Panorama



LOKALES

GELDERN

Baustelle an der B58 für neue Ampel



Am Montag beginnen die Arbeiten für die Umgestaltung der Kreuzung mit der Beerbroockstraße. Bauzeit: bis Mitte November.

SEITE C1

KEVELAER

Veränderung im kirchlichen Leben

Das Bistum Münster hat einen Prozess angestoßen, um pastorale Räume und pastorale Strukturen neu zu organisieren.

SEITE C3

SPORT

SV Walbeck erneut Pokalschreck

Fußball-Bezirksligist wrift den Landesligisten VfL Rhede im Elfmeterschießen raus. Ersatztorwart Alexander Skeip ist Held des Abends.

SEITE D4

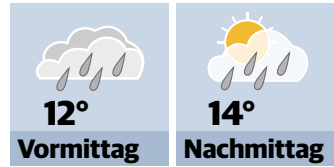
ZITAT

„Ich fragte sie: ‚Willst du mich heiraten?‘, und sie antwortete: ‚Machst du Witze?‘“

Ed Sheeran (30), Popstar, über seine heutige Ehefrau Cherry Seaborn

WETTER

Im Laufe des Tages abziehender Regen



RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Moderne Technik macht nicht nur die Menschen bequemer, sondern auch die Tiere. So gibt es im Essener Baldeneysee inzwischen einen Fischzug, der oan manchen Tagen mehr als 1000 Mal genutzt wird. Aber wenn nicht mal die Seebewohner noch die Fischtrappe nehmen, wo soll das hinführen? Die Frage ist nicht Barsch gemeint, aber es ist unglaublich, dass schon die Aale wegen ein paar Stufen zittern. Im Kaufhaus gibt es als Zwischenlösung die Rollmopstreppe, aber zumindest auf dem Weg runter sollte es auch per Hechtsprung gehen; das bekommen auch die Seepferde hin. Die Experten am Baldeneysee sehen das alles übrigens nicht so tragisch. Die sind eben Hummer gewohnt. nic



4 190587 602103 5 0 0 4 1

Wissenschaft fordert mehr Artenschutz

Die Bienen sind besonders stark von den Eingriffen des Menschen in die Umwelt betroffen. Eine Volksinitiative will nun die Politik zum Handeln drängen.



FOTO: ISTOCK/MONTAGE, C. SCHNETTLER

VON KIRSTEN BIALDIGA

DÜSSELDORF Die nordrhein-westfälische Landesregierung muss aus Sicht von Wissenschaftlern deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um den Artenschwund zu stoppen. „Der Rückgang der Artenvielfalt und Biodiversität ist neben den Folgen des Klimawandels das größte derzeitige Menschheitsproblem. Dies gilt auf allen Ebenen: global bis regional“, schreibt Tillmann Buttschardt, Professor für Angewandte Landschaftsökologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, in einer aktuellen Stellungnahme für den Landtag. Im Sinne einer schleichenden Katastrophe würden die negativen Effekte für das menschliche Leben aber erst zeitversetzt sichtbar. Zu Recht verlange daher die Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“, dass die CDU-/FDP-Landesregierung ihre angekündigte Biodiversitätsstrategie auch umsetze.

Die Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gesellschaft schreibt, es sei angezeigt, das Thema

„Flächensparen“ auf der politischen Agenda weit oben anzusiedeln, und zwar auf allen Planungsebenen. Aber auch aus Sicht der Landwirtschaftskammer sind „weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Situation des Naturhaushaltes in Nordrhein-Westfalen geboten“.

Anlass für die Stellungnahmen sind unter anderem Forderungen der Volksinitiative „Artenvielfalt NRW“, die auf Betreiben von drei Umweltverbänden zustande kam, denen sich weitere Verbände anschlossen. Die Initiatoren sammelten 116.000 Unterschriften, deutlich mehr als die erforderlichen knapp 66.000. Der Landtag erkannte die Volksinitiative bereits als rechtmäßig an und muss sich nun binnen drei Monaten mit den Forderungen auseinandersetzen.

Die Volksinitiative verlangt unter anderem, den Flächenverbrauch verbindlich zu stoppen, Schutzgebiete wirksam zu schützen, naturnahe und wilde Wälder zuzulassen, die naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranzubringen, leben-

dige Gewässer zu sichern und den Artenschutz in der Stadt zu fördern. Stark betroffen sind Wildbienen – in NRW leben 364 Arten, 52 Prozent davon gelten als gefährdet. Auch Honigbienen sind gefährdet – sie verlieren etwa durch Pestizide die Orientierung; zudem werden sie anfälliger gegen Krankheiten.

INFO

Der Artenschutz kommt kaum voran

2010 Die Mitglieder der diese Woche online tagenden Weltnaturschutzkonferenz hatten sich auf 20 Ziele zum Erhalt der biologischen Vielfalt bis 2020 geeinigt. Jedoch wurde keines erreicht.

2022 Die Mitgliedsländer wollen im nächsten Jahr eine neue Strategie für den Artenschutz formulieren, in der möglichst konkrete Mittel und Ziele stehen sollen.

Buttschardt betont, dass sogar Rückschritte zu verzeichnen sind: Im bis Mai dieses Jahres geltenden Landeswassergesetz etwa habe ein Verbot für Ackerbau oder Dünger auf einem fünf Meter breiten Gewässerrandstreifen gegolten: „Es ist nicht anders als realitätsverweigernd zu bezeichnen, diese Tatsachen nicht anzuerkennen und die einmal von der Politik als richtig erkannten und in langfristigen Instrumenten angelegten Anpassungen und Regelungen wieder zurückzunehmen.“ Es sei als sehr unglücklich zu bezeichnen, dass die Novellierung des Gesetzes die Verantwortung auf die kommunale Ebene verlege.

Um den Artenschutz in Städten zu fördern, verlangt der Wissenschaftler, Lichtquellen zu reduzieren, da sie häufig zu tödlichen Fallen insbesondere für Insekten werden: „Es sind Lichtaktionspläne, Standards bei der Umrüstung von Beleuchtungsanlagen, Einschränkungen bei Leuchtreklamen, flexible und intelligente Beleuchtungen und vieles mehr zu entwickeln und umzuset-

zen.“ Die Sensibilität für dieses Thema sei bisher aber gering.

Das nordrhein-westfälische Umweltministerium erhofft sich von der Volksinitiative Artenvielfalt einen „breiten Diskurs über Ziele und Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität“. Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) erklärte, die Volksinitiative könne zu einem zusätzlichen Appell werden, dass jede und jeder seinen Beitrag leisten müsse, die Artenvielfalt in NRW zu stärken: „Ich lade alle Akteure zum Gespräch ein. Weniger Schottergärten, mehr grüne Infrastruktur, weniger Pflanzenschutzmittel sind nur einige Beispiele“, sagte die Ministerin.

Die Regierungskoalition arbeitet zurzeit an einer Änderung des Landesnaturschutzgesetzes. Eine Obergrenze etwa für den Flächenverbrauch ist darin nicht vorgesehen: „Die Wirtschaft in NRW geht zudem durchaus sparsam mit Flächen um“, so die CDU-Abgeordnete Bianca Winkelmann.

Leitartikel, Politik

Abgeordnete sollen öfter aufs Rad

Umweltverbände fordern, die Autos des Fahrdienstes häufiger stehen zu lassen.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Umweltverbände fordern die Abgeordneten des neuen Bundestages zum Umstieg aufs Fahrrad auf. „Gerade im Berliner Regierungsviertel lassen sich kurze Strecken so schnell und klimafreundlich bewältigen“, sagte Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, unserer Redaktion: „Deshalb fordern wir die Parlamentarier auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und das Fahrrad zu wählen oder den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen.“ Resch ergänzte, sollten sich Abgeordnete weiter „durch Berlin kutschieren lassen, gibt das ein falsches Bild abgehobener Politik ab“. Wer es besonders eilig habe, könne ein Taxi nehmen.

Nach wie vor nutzen die meisten Abgeordneten den Fahrdienst des Bundestages. Weil der Bundestag mit 735 Volksvertretern so groß ist wie nie, dürfte auch die Zahl der Fahrten kräftig steigen. Mehr Autos einzusetzen, sei aber nicht geplant, sagte ein Sprecher. Von den 120 Pkw sind 78 Diesel, 22 haben einen Elektroantrieb. 15 fallen in die Rubrik „Benzin-Hybrid“, fünf in die Kategorie „Wasserstoff-Hybrid“.

Antje von Broock, Geschäftsführerin des BUND, sagte, wenn Abgeordnete öfter radeln würden, statt die Fahrbereitschaft des Bundestages zu nutzen, „bekommen sie zwischen den vielen Sitzungen etwas Bewegung und einen Einblick in Sachen Verkehrsraumaufteilung und Sicherheit auf Radwegen. Und

wir bekommen bessere Entscheidungen für eine faire und umweltfreundliche Mobilität.“

Der scheidende Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), der in Berlin als Fahrrad-Pionier gilt, sagte: „Ich habe auch als Abgeordneter und Minister die Wege zwischen Ministerium und Reichstag öfter mit dem Fahrrad zurückgelegt.“ Das könne er „allen nur ans Herz legen“. Der Grünen-Abgeordnete Stefan Gelbhaar sagte: „Fahrrad in Berlin funktioniert auch für Abgeordnete – und geht häufig einfach schneller.“ Er schlug vor, der Bundestag solle als Alternative zum Fahrdienst Leihräder anschaffen. Ein Problem sei jedoch, dass es im Bundestag nicht genug Umkleidemöglichkeiten, Schließfächer und Duschen gebe.

Institute sagen nur noch 2,4 Prozent Wachstum voraus

BERLIN (dpa) Die anhaltenden Folgen der Pandemie und Lieferengpässe bremsen den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland. Führende Forschungsinstitute schraubten am Donnerstag ihre Konjunkturprognose für dieses Jahr deutlich herunter. Sie rechnen mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von nur noch 2,4 Prozent. Im Frühjahr hatten sie noch erwartet, dass nach dem coronabedingten Einbruch der Wirtschaft 2020 das Bruttoinlandsprodukt um 3,7 Prozent zulegt. Die Inflation dürfte bis Jahresende weiter anziehen, im kommenden Jahr aber zurückgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte sinken, die Höhe des verfügbaren Einkommens im nächsten Jahr deutlich steigen.

Leitartikel, Wirtschaft

Norwegische Polizei schließt Terror nicht aus

KONGSBERG (dpa) Nach der Gewalttat mit fünf Toten in der norwegischen Kleinstadt Kongsberg kann die Polizei einen terroristischen Hintergrund nicht ausschließen: „Die Tat wirkt wie ein Terrorakt, aber wir kennen die Beweggründe des Täters nicht“, sagte der Chef der Behörde, Hans Sverre Sjøvold. Der mutmaßliche Täter sei im Gesundheitswesen ein- und ausgegangen. Der Mann hatte am Mittwochabend in der Innenstadt von Kongsberg zahlreiche Menschen mit mehreren Waffen, darunter auch Pfeil und Bogen, angegriffen. Bei seiner Flucht vor der Polizei verschaffte er sich auch Zugang zu Wohnungen. Fünf Menschen wurden getötet – vier Frauen und ein Mann.

Politik